

Landes-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark einschließlich Zustellungsgebühren. Derstellungen werden von allen Reichsreformvereinen angenommen. Im am 15. Zeitungsercheinung und die Einzelzeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Einzelzeitung 1 Pfennig. Fern: der Schiffschiffung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1143

Anzeigenpreise:

Die 4 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 22 mm breite Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen nehmen an unserer Geschäftsstellen n. für die Anzeigen-Geschäfte. Erfüllungsort: Halle, Erbsheim täglich 2 mal, Sonntags und U-n-tags 1 mal. Schiffschiffung und Gausp-der Geschäftsstellen: Halle, Neue Brunnstraße 1a, St. Draußenstr. 17, Neben-Geschäftsstellen: Große Bleichstraße 32 und Markt 24, Buchhandlung Leipzig Nr. 4009

Nr. 64.

Halle, Sonnabend, den 7. Februar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Die amtliche Auslieferungsliste noch nicht übergeben.

Berlin, 7. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Die Entente, sowie die amtliche Auslieferungsliste sind im Auswärtigen Amt noch nicht eingetroffen. Es wird aber erwartet, daß beide Dokumente, vielleicht auch noch ein drittes, nämlich eine Antwort der Entente auf unsere Auslieferungsnote vom 25. Januar, noch heute von einem der Berliner Ententevertreter Englands oder Frankreichs übergeben werden. Neue Verhandlungen der Regierung werden erst stattfinden können, bis die Ententenden vorliegen und eine Grundlage für Gespräche bieten werden.

Ein italienischer Geschichtsschreiber gegen die Auslieferung.

Rom, 7. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Im „Secolo“ erhebt der italienische Geschichtsschreiber Ferrero seine gewichtige Stimme gegen die Auslieferung. Er sagt, daß kein unparteiischer Beurteiler Hollands Regierung, den deutschen Kaiser auszuliefern, tadeln könne. Auch die an Deutschland gerichtete Aufforderung zur Auslieferung der schuldigen Deutschen und das Verlangen der ersten Entschädigungsmassnahmen müßten für die deutsche Nation für die innere Politik Deutschlands haben, das Ansehen der republikanischen Regierung schwächen und das Land einer militärischen Diktatur entgegenführen, die versuchen würde, sich der Auslieferung des Friedensvertrages gewalttätig zu widersetzen. Wenn das heutige Europa von weissen Staatsmännern, anstatt von mittelaltlichen Politikern regiert würde, müßten diese die Gefahr begreifen und die Friedensbedingungen ändern. Nur dadurch könne der Zustand Deutschlands gelindert werden. Der große politische Verfall des Friedensvertrages bestünde darin, daß der deutschen Republik die Bedingungen auferlegt wurden, die für die Monarchie bestimmt waren. Die Kriegsschuldenshaftigkeit ist ein Erbteil der nächsten Generation.

„Es stehen Tote auf...“

Rotterdam, 7. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) „Es stehen Tote auf“, so beginnt der „Algemeen Hollandsche Courant“ seinen ironisch-schmerzlichen Artikel über die Auslieferungsfrage. Das ist aber wirklich nicht zum Lachen, denn das bedeutet für Deutschland den Verfall des letzten Abwehrwerks. Man ist so nachlässig gewesen, die Tote nicht zu streichen, aber darauf kommt es nicht der Entente nicht an. Die Hauptlast ist für die Alliierten, den Beweis zu erbringen, daß das treulose Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen und die Entente nicht in ihrem Streben für das Recht unterliegen will. Einige französische Blätter schlugen bereits vor, daß Meinhardt vorläufig auf 20 Jahre zu besetzen, falls er der Entente nicht gefällig ist, den toten Gasceller zu hängen.

Die Pariser Vorkonferenz.

Paris, 6. Februar. Savas. Die Vorkonferenz trat neuerdings am Freitag abend unter dem Vorsitz Wilsons zusammen und hörte den ernstlichen Vorschlag. Der Staatssekretär für Militärische Angelegenheiten, der frühere Staatssekretär für Militärische Angelegenheiten, amnabend morgen wird die Konferenz wiederum zusammentreten.

Der Protest deutscher Hochschulen.

Berlin, 7. Februar. Dem Stammenden Protest der Universitäten gegen die Auslieferung deutscher Kriegsangehöriger ist die liberale Berliner Hochschulen: Technische Hochschule, Tierärztliche Hochschule und Landwirtschaftliche Hochschule einmütig angeschlossen.

Requith für Deutschland.

Paris, 7. Februar. Savas. In einer Mitarbeitervermittlung erklärte Asquith: Nach meiner Ansicht kann Deutschland die einseitigen Verpflichtungen nicht erfüllen. Dieser Friede ist nicht der Friede, den wir verlangt haben. Wir werden nie mehr als zwei Milliarden Pfund Sterling von Deutschland erhalten. Wenn ich beauftragt wäre ein Großes über das Budget zu halten, würde ich es einfach streichen und auch das Geld, das die Alliierten England schulden, nicht mehr zurückverlangen. Wir sollten den Betrag der Entschädigung schließen, die von Deutschland und Österreich zahlen müssen. Die Wergeldkommission sollte dem Vorkonferenz unterbreiten werden, um es stellen darin auch die britischen und neutralen Länder vertreten sein.

Eine Prager Scharfmacher-Stimme.

Prag, 6. Februar. Die „Narodni Dily“, das Blatt des ehemaligen Ministerpräsidenten Kramarich schreibt zu der Auslieferungsfrage: Die Entente macht und macht gegen Deutschland die einzig mögliche Politik, nämlich die Felle. Sie belagert nicht, quält nicht, sondern wendet alle Mittel an, die sie zur Hand hat, um den Grundrissen, die die Ueberzeugung der deutschen Soldaten über

Bevölkerung bilden, Geltung zu verschaffen. Die Forderung der Herausgabe der Schuldigen ist keine Sache, kein Vorjahr, sondern eine berechtigte und richtige Forderung. Das Blatt schließt mit den Worten: Es ist möglich und wird aus der jetzigen Kontraktier klar, daß Deutschland keine innere Ruhe zur Beurteilung nach außen hin bringen wird und wegen nichtiger Vorbereitungen einer Wiedererregung trifft. Aus diesem Grunde müßten die Verbündeten jetzt auf ihrer Hut sein, das gilt auch für uns.

Für die Kriegsbeschädigten.

Berlin, 7. Febr. Zur Verringerung der Not unter den verlorungsbeschädigten Militärpersonen und der Hinterbliebenen haben zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsanwaltschaftsministerium Verhandlungen stattgefunden. Diese haben das Ergebnis gehabt, daß das Reichsanwaltschaftsministerium zugesagt hat, für diese Zwecke erhebliche Mittel bereitzustellen.

Schutz der Bedrohten durch die deutschen Offiziere.

Berlin, 6. Febr. Der Deutsche Offiziersbund und der Nationalverband deutscher Offiziere veröffentlichten zur Auslieferung der Offiziere eine gemeinsame Erklärung: „Wir deutschen Offiziere bedenken mit unferm Leben die erzielten Kasernen unserer Feinde und sind entschlossen, jede Folge hieraus zu ziehen. Wir fordern den gleichen festen Entschluß von dem gesamten deutschen Volke. Männer, Frauen und Kinder müssen jetzt begreifen, daß es um mehr geht als um das Leben des einzelnen; es geht um den Bestand der deutschen Nation. Da darf kein Verdäcker unter sein. Der feindlichen Schergen werden wir dann Herr werden. Außerdem hat der Nationalverband deutscher Offiziere schon gestern abend an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung eine Eingabe gegen die Auslieferungsfrage der Entente gerichtet.“

In den Erklärungen, in denen eine Beteiligung an der Auslieferung abgelehnt wird, schließt sich jetzt auch der Nationalverband deutscher Offiziere an. In der Ausführung des Friedensvertrages abgelehnt wird, halten es auf Grund der Auslieferungsfrage derjenigen Offiziere, welche von der Inspektion der Kriegstruppen der Reichswehrministerium eingeschleierten Luftfahrtruppenkommission unterstellt waren, mit der Aufgabe, die Entente mit Hilfe von auf ihren Beschuldigten durch die Industrieverleumdung zu begleiten, mit ihrer Würde für unvereinbar, ihre Tätigkeit weiter auszuüben, nach dem ihrer Kommanden von der Entente zur Beschleunigung ihres Fortschrittes geordert worden sind. Damit müßte die erwünschte Tätigkeit der Kontrollkommissionen aufhören, da diese laut Friedensvertrag nur in der Ausführung eines deutschen Befehls ausgeübt werden darf. Die Offiziere sind, wie das Blatt weiter führt, an die Ausübung ihres Amtes nicht durch Befehl gehindert, sondern haben es bisher freiwillig verlassen.

Auch Dr. Mayer verweigert Botendienst.

Auch Herr Dr. Mayer, der als Geschäftsträger Deutschlands bei der französischen Regierung gerade in dem Augenblick der Uebergabe der Auslieferungsliste in München aufhielt, hat es jetzt abgelehnt, den unumgänglichen Botendienst zu leisten und die Auslieferungsliste von Paris nach Berlin weiterzugeben. Da die Herren der deutschen Botschaft und ebenso die deutschen Mitglieder der Friedenskommission sich genau so abzuhalten verhalten, ist also die deutsche Regierung nicht imstande, eine amtliche Person auf die Beine zu bringen, die sich von Herrn Wiltens das schamhafte Stück Papier annehmen läßt. Die Entente scheint das vorausgesehen zu haben. Wenn man ihrem Presselungen glauben darf, hat nach der Ablehnung des Herrn von Lesener die Botschaftnote etwas verändert und sie durch einen eigenen Courier nach Berlin geschickt, wo sie dann von einem der feindlichen Geschäftsträger dem Auswärtigen Amte direkt übermittelt werden wird.

Ein Zwischenfall in Basel.

Basel, 6. Februar. In Basel traf am Donnerstag abend ein aus Basel zurückkehrender Transport deutscher Kriegsangehöriger aus Frankreich ein, der den schweizer Behörden als Transport polnischer Arbeiter übergeben und als solche von der Schweiz zur Weiterführung nach Polen über Österreich übernommen worden ist. Soweit die bisherigen Feststellungen ein Urteil ergäben, handelt es sich um deutsche Kriegsangehörige, die sich teilweise den französischen Behörden als Polen bezeichnet hatten, vermutlich um Wiederum eine Verurteilungsmaßnahme zu erlangen. Bei ihrer Ankunft in Basel verweigerten diese Leute die Weiterfahrt, bezweifelten die polnische Identität und verlangten nach Deutschland entlassen zu werden. Bei der Fahrt von Basel an die österreichische Grenze verließen 50 von ihnen den Zug. Ein Teil wurde wieder zurückgebracht, während der andere entkam. Vorausgesetzt werden die entkommenen Personen von der Schweiz den deutschen Behörden in Konstanz übergeben werden. Der genaue Sachverhalt wird von der deutschen Botschaft in Einvernehmen mit der schweizer Regierung festgestellt.

Der Widerstand.

In dem Willen, gegenüber dem Auslieferungsgeschehen der Gegner sich durch nichts vom Rechtsstandpunkt abdrängen zu lassen, ist Deutschland einig; ebenso ist die Erkenntnis, daß der Verbandsbeschlusses tatsächlich unausführbar ist. Beides wird von den Schatzkammern in den Verbändsländern als Nichtachtung eines unterschriebenen Vertrages gedeutet, Beides mit Unrecht.

Die Reichsregierung war und ist entschlossen, den Friedensvertrag sorgfältig zu erfüllen, soweit sie ihn erfüllen kann. Die nicht befriedete Bereitschaft dazu hat ihr in Deutschland schwere Vorwürfe zugezogen, man hat sie leichfertiger Hoffnungslosigkeit in der Beurteilung des von den Gegnern Verlangten wie des von Deutschland Verfügbaren gesehen; jedenfalls ist an der Aufrichtigkeit ihrer Vertragsstreue nicht zu zweifeln. Das sie am 28. Juni den Vertrag, so wie er war, nur unter dem Druck der Gewalt unterzeichnet, ist kein Vorwurf dagegen. Niemand hat sie Zweifel daran gelassen, daß sie besonders den Artikel 225 als eine Verletzung klaren Rechtes und als eine Unmöglichkeit empfand. Dem Reichsgeheimen auch bei den Gegnern Anerkennung zu schaffen, hat seine werdende Kraft nicht leicht genügt; die Unterdrückung unter seine Verleumdung zu weigern, sollten der deutschen Regierung die Machtmittel. Eben diese Machtmittel Deutschlands aber, die den Gegnern erlaubte, das Recht zu verletzen, verändert auch die Ausführung des Unrechtes. Der Widerstand, auf den das Auslieferungsgeschehen stößt, geht nicht von der deutschen Regierung aus, sondern von den Dingen selbst.

So verhältnismäßig einfach also die Angelegenheit für die Reichsregierung liegt, die lediglich auf die Unausführbarkeit des Verbandsbeschlusses hinzuweisen braucht, so sorgfältig sollten die einzelnen Deutschen, die in dieser Frage etwas zu tun oder zu unterlassen vermögen, das Maß ihrer Verantwortung überdenken. Nicht darum handelt es sich, Widerstand, tätigen oder auch nur untätigen, zu leisten, sondern darum: den Widerstand der Tatsachen wirken zu lassen. Die Gegner müssen erkennen, daß sie nicht nur von Deutschland, sondern von sich selbst etwas Unlösbares fordern; daß sie Unmögliches unternehmen. Die Zunahme solcher Erkenntnis wird aber keineswegs befehleint, wenn wie Herr von Lesener sich weigert, ein Bauer auszulassen, oder wenn der deutsche Geschäftsträger für Paris, Dr. Mayer-Kaufmann, aus verhältnismäßig ähnlichen Gründen in Berlin bleibt. Auch der Reichswehrminister handelt kaum zweckmäßig, wenn er im voraus Unfähigkeit aufündigt, statt es der zivilen Autorität zu überlassen, das Unmögliches als unmöglich zu erweisen. Am ungeschicktesten ist die Auslieferung eines rechtsstehenden Mannes, jeden der Sand an einen in der Liste Benannten zu legen wäge, als vorzuziehend zu behandeln; da doch so gut wie gewiß ist, daß sich ein solcher nicht findet. Es ist verständlich, wenn deutsche Offiziere sich weigern, die Mitglieder der Verbandsmissionen zu begleiten; dennoch sollte eine solche Arbeitsverweigerung, außerhalb der Auslieferungsfrage, besser unterbleiben. Erst recht gilt das von Streikdrohungen aller Art, überhaupt von jedem Versuch, der Ausführung des Artikels 228 durch Nichtausführung — anderer Vertragspunkte entgegenzuwirken. Nur die sorgfältigste Erfüllung des Erfüllungsbereiches kann den Verbändsregierungen zeigen, wo die Grenze des Unerfüllbaren verläuft.

Aus einer politischen Kinderstube.

Die „Weltstimme“, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende Organ der Mehrheits-Sozialdemokratie, reagiert sich in einem langen Artikel darüber auf, daß wir nationales Empfinden und Sinn für nationale Ehre haben. Das von politisch unmündigen Kindern redigierte „sozialdemokratische“ Organ kann es nicht begreifen, daß wir der von Emma Florn Seimefcheren ehrend gedachten. Was das Blatt sachlich hier anführt, ist so abern, daß sich ein Eingehen darauf erübrigt. Wieviel wir unter nationales Empfinden ausdehnen, hängt nicht von den Pöbeln des „sozialdemokratischen“ Organs ab. Wir verlieren unsere politische Selbstständigkeit auch dann nicht, wenn die unreihe Kleinrentende der Mehrheits-Sozialdemokratie den verhältnismäßig Pöbeln des Organs der U.S.P. nachsteht. Ein für nationale Ehre wird diese Sorte von „Politikern“ nie entfallen lernen. Das das Blatt mit verächtlichen Herabsetzungen in einer Frage, die die nationale Ehre betrifft, gerade im letzten Zeitpunkt kommt, an dem das ganze deutsche Volk zusammensteht und die Regierung (die doch überwiegend aus Mehrheitssozialdemokraten besteht) überlegen sollte, zeigt die ganze Unzeit, mit der das Blatt redigiert wird.



EMPHATISCH noch eine Festsetzung: Das hiesige Schicksal nach dem Verfall der Antike ist ein derartiges Journalistisches Schmierkintument, das wir es selbst dieser Redaktion nicht angetraut hätten. Man sieht aber, daß das Volkstakt mit der mehrfachen Einschätzung seines Halbbruders nicht so ganz unrichtig hat.

Roske rüht keinen Finger.

Der Reichswirtschaftsminister Roske äußerte sich zum Gerüchtstatter der „Daily Mail“ u. a. wie folgt: „Ich habe vor ungefähr acht Tagen mit dem englischen Geschäftsträger über die Auslieferungsforderung gesprochen, und ich glaube, daß es das beste ist, wenn ich Ihnen jetzt das gleiche wiederhole: In der Auslieferung angelegentlich werde ich nicht das Geringste tun, um der Forderung der Entente zu entsprechen, nicht, weil mir daran gelegen ist, den Friedensvertrag zu sabotieren, sondern weil ich in dem Diktandum in der Lage ist, diese Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Der englische Geschäftsträger hat mir gegenüber geantwortet, daß es sich um eine Bestimmung des Friedensvertrages handle. Das ist richtig, aber jeder Mann, der über die Vorgänge bei Friedensschluß orientiert ist, weiß, daß es schon damals über die sogenannten Schmeicheleiparagraphen zu schweren Konflikten gekommen ist. Die Sprungung des Kabinetts war die Folge. Wir haben damals bis zum letzten Stunde verhandelt. Paris und London hat zu machen, daß die Bedingungen unerschütterlich sind. Wiederholt haben wir erklärt, daß der Vertrag in manchen Teilen unerschütterlich bleibe. Schlimmer als alles andere ist die Auslieferung. Noch nie nach einem Kriege ist ein solches Ansehen einem Volke angetan worden. Als den Erben 1914 zuzurechnen wurde, daß eine sehr früher Gerüchtshof unter österreichischer Kontrolle urteilen sollte, ist uns als

anderem mit der Ehre eines Volkes darnachgestellt worden. Uns gegenüber glaubt man sehr heftig darüber hinwegzusehen und zu wollen und weil deutsche Leute von Gerüchten abstrahieren sollten, die niemals abstrahieren werden. In Paris ist die Forderung der Entente eine Probe von der zu erwartenden Rückrechnung. Aber davon ganz absehen: der Versuch, auszuführen, scheitert sofort, wenn auch nur der Anfang dazu gemacht wird. Die Durchführung ist einfach unmöglich. In allen Ländern würde mindestens passiver Widerstand gebildet werden. Kein Polizeibeamter würde in der Lage sein, einen der Auslieferung aufzugreifen und zwangsweise über die Grenze zu schaffen. Die Erfahrungen lehren, daß bei allen bei vielen Leuten die Willkürselbst ist sehr losder ist. Der Mann, der sich dazu hergeben würde, jemand über die Grenze zu bringen, kann vorher kein Testament machen. Sollte jemand versuchen, die Auslieferung abstranzportieren, so hätte man keine Garantie, daß sie nicht auf irgendeiner Station gewaltsam herausgeholt werden. Ich habe keine praktische Möglichkeit, irgend etwas in dieser Sache zu tun. Wären wir unter dem Niederlegen, vor sollte dann an unsere Stelle treten? Jeder Politiker, der in dieser Angelegenheit die Geschäfte der Entente bedenken möchte und so erwidern, die nationale Ehre verstoßen würde, wäre für alle Zeiten unmöglich. Aus diesem Grunde wird kein Mensch, der in Zukunft noch politisch arbeiten will, sich dazu hergeben, bei der Auslieferung mitzuwirken. Die Gruppe würde einem Teil, bei der Auslieferung mitzuführen, niemals Folge leisten. Das Inkrafttreten, das sich auf die Ruhe gewöhnlich würde ergeben. Wenn ein anderer an meiner Stelle verbleiben würde, mit Hilfe der Truppe die Auslieferung durchzuführen, so würde er keine Autorität haben und nichts erzielen. Die Entente ist also so, daß, wenn ich und meine Mitarbeiter den Versuch machen würden, die Forderung der Entente zu erfüllen, die ich für schändlich und schimpflich halte, wir das Band in schwerer Weise bringen.

Männer der Auslieferungsliste



Männer der Auslieferungsliste

Die Haltung der bayerischen Regierung.

Der bayerische Landtag hat in der gestrigen Sitzung des Finanzsaalhofes auf Anregung des demokratischen Abgeordneten Dr. Eiser folgende Annahme beschlossen: „Der bayerische Landtag gibt in voller Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der Reichsregierung und der Haltung des Reichstages gegenüber der Entente und der Geltung der hohndrängenden Forderungen der deutschfeindlichen Mächte Ausdruck. Der Landtag ist von der Uebereinstimmung durchdrungen, daß das ganze bayerische Volk mit ihm einig ist im Widerstand gegen das Vorgehen der Entente, welches das deutsche Volk empört hat.“

Sämtliche Parteien des Landtags stimmten dieser Annahme einstimmig zu. Für die Regierung gab Ministerpräsident Hoffmann folgende Erklärung ab: „Die bayerische Staatsregierung schließt sich dem Protest des Landtages vollinhaltlich an. Die Reichsregierung hat unter dem Druck des Auslandes die Beschränkung unterzogen, aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auch beim besten Willen die Beschränkung der Auslieferung von Volksgenossen an den Feind nicht erfüllen kann. Noch niemals in der Geschichte der zivilisierten Menschheit ist an ein besiegtes Volk eine solche Forderung gestellt worden, eine Forderung, deren Erfüllung das deutsche Volk um Selbstachtung und um die Achtung der anderen Völker bringen müßte.“

Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes denkt nicht daran, die wirklich im Kriege begangenen Verbrechen ungeschehen zu machen, aber die Verengung des Menschenrechts durch die Auslieferung von Volksgenossen an den Feind wird es nicht erlauben. In dieser Auffassung ist sich das deutsche Volk einig und steht geschlossen hinter der Reichsregierung.

Der Standpunkt des Vatikans.

Am 6. Febr. Unter der Überschrift: „Die römische Kurie über die Auslieferungsforderung“ schreibt die „Allgemeine Zeitung: Der „Observatore Romano“ hat in einem Artikel vom 25. Juni 1919 seine entsetzten in Unmöglichkeit juristischer Rechtfertigung einer Auslieferung des Kaisers bargeht. Das Offener Antragsblatt, die „Offener Zeitung“, macht jetzt darauf aufmerksam, daß, wenn es bekannt ist, daß Artikel ein zweites vom 18. August 1919 aus derselben Quelle über die Auslieferungsforderung der Entente veröffentlicht. Auf Grund guter Informationen können wir versichern, daß in der Tat auch der zweite dieser Artikel jetzt noch die Auffassung der römischen Kurie darstellt. Der Artikel ist übergegangen: „Der Prozeß gegen die deutschen Seeräuber“. Er betont im Eingange, daß er die Frage im hellen Lichte der Strafrechtswissenschaft unteruchen wolle und macht für die Auslieferungsforderung der Entente eine materielle und prozedurale Einwände geltend, deren Wichtigkeit für die Entscheidung gewordenen Sinne, der Auslieferung des deutschen Kaisers, ebenso gelte wie hinsichtlich der Seeräuber.“

Neue Drohungen Mussandis.

Basel, 7. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: In der Abgeordnetenkammer erwiderte Millerand auf mehrere Anfragen bezüglich der ausländischen Politik u. a. Deutschland habe die zureichenden Maßnahmen nicht getroffen. Er läßt die Wertung unerschütterlich stehen, welche Deutschland hinsichtlich der Auslieferungsforderung des deutschen Kaisers, ebenso gelte wie hinsichtlich der Seeräuber.“

Weltere Austierumstellungen.

Das deutsche Reich wird eine Auslieferungsliste erhalten, auf der die namhaftesten reichsfeindlichen Staatsmänner und Generale stehen. U. a. die Generale Follmer, Reg. Rosch und Porco-

milis, sowie Erzherrzog Josef. Unter den Politikern befindet sich Graf Berchtold. Ebenso soll Ungarn und der Türkei eine Auslieferungsliste angesetzt werden. Gefordert wird u. a. der frühere König von Ungarn, Ministerpräsident Radokanow, sowie eine große Anzahl baltischer und türkischer Hojer Militärs, darunter die Generalsabbeys.

Fin die deutsche Beamtenschaft.

Berlin, 7. Febr. Der Deutsche Beamtendbund erläßt einen Aufruf an die deutsche Beamtenschaft, in dem es u. a. heißt: „Das deutsche Wirtschaftsleben ist durch den verlorenen Krieg mit seinen unglücklichen Folgen auf allerhöchster Stufe erschüttert.“

Die rationierten Lebensmittel können eine ausreichende Ernährung um so weniger gewährleisten, als ein erheblicher Teil von Nahrungsmitteln während dem Wege des Schleichhandels zu Wucherpreisen an den Mann gebracht wird. Die meisten zum Leben unentbehrlichen Bedarfsgegenstände haben infolge Rohstoffmangel und unzulänglicher Gütererzeugung einen so hohen Preisstand erreicht, daß sie für die Schichten der minderbemittelten Bevölkerung, zu denen die Beamtenschaft gehört, unerschwinglich geworden sind. Unausgeglichen Gehalts- und Lohnforderungen aller Art werden allein auf den Entzug ihrer Arbeitskraft angewiesen, sind die unaussprechlichen Folgen, wodurch aber das Leben nicht beseitigt, sondern es letzten Endes immer mehr verhärtet wird. In eine Verrechnung der Gütererzeugung in Verbindung mit einer gerechten Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittelstände vermag der fortschreitenden Auslösung und Zerstörung dessen Wirtschaftens Einfalt zu tun. Es gibt nur ein Mittel, das heißt vermehrte Produktion durch erhöhte Arbeitseistung.“

Das ist auch die Parole der deutschen Beamtenschaft. Erst in der höchsten Not wirtschaftlicher Bedürfnisse, um mittelbar vor dem drohenden Zusammenbruch, hat die Beamtenschaft die Forderung angemessener Erhöhung ihrer Gehälter nachdrücklich erhoben, um der Selbsthaltung willen. Trotzdem aber hält sie sich an das Maß an, was gerechtfertigt. Darum ist sie bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen und vor dem gongen deutschen Beamtentum das Bekenntnis zum Aufstand zu machen. Die Gesamtheit der Beamten hat erforderliche Mehrarbeit stets bereitwillig übernommen und für die Mehrzahl der Beamten bedeutet der Aufstand kein besonderes Opfer, da ihre Kräfte weit darüber hinaus in Anspruch genommen sind. Wo es aber notwendig ist, die Weltzeitung in Verbindung zu erweitern, soll es geschehen. Wohlan denn: Wir sind zur reitenden Tat bereit!

Der Steuertransschuß der Nationalversammlung.

begann nach der am Mittwoch vorangegangenen allgemeinen Aussprache über das Bundessteuergesetz am Donnerstag mit der Beratung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfs. Es wurde ohne Erörterung genehmigt, 82 erhielt nach Ausnahme eines Antrages „wenn er unter Erbringung eines Satzes folgende Fassung: „Die Quantpragnahme von Steuern für das Reich schließt die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) aus, wenn nicht reichsgesetzlich ein anderes vorgezeichnet ist.“

Die §§ 3, 4 und 5 (weiterer mit einer kleinen formalen Veränderung) wurden nach dem Regierungsentwurf angenommen. In § 6 wurde ein Antrag angenommen, wonach über die Frage, ob Landes- oder Gemeindesteuern genehmigt sind, die Steuerentwürfe des Reiches zu schiedlich auf Antrag des Reichsfinanzministers oder der Landesregierung, bei Gemeindesteuern auch der Gemeinde, der Reichstag (nicht wie ursprünglich vorgesehen der Reichsrat), einigültig zu entscheiden hat. — § 7 wurde debattelos un verändert genehmigt.

Der Prozeß gegen Hauptmann v. Kessel.

Berlin, 6. Febr. Heute begann der Prozeß gegen Hauptmann v. Kessel wegen Wehrverstoß, Beifüge zur Flucht und Herausforderung zum Zweikampf. — Die Rede von Hauptmann v. Kessel über: „Die persönliche Verantwortlichkeit ergibt, daß v. K. verurteilt ist und ein Kind, alt 15, Mai 1908 dem Goldmünzende anvertraut. Was verhält es sich mit dem Militärverstoß? Anwesende: Ich habe jetzt erst gehört, daß wir alle, die wir zur Sicherheitsmaßnahme überbetreten sind, aus der Armee ausgeschlossen werden und zwar als persönlich als Oberleutnant. Von einer Verurteilung zum Hauptmann ist mir nichts bekannt. Ich bin bei der Sicherheitsmaßnahme als Hauptmann eingesetzt worden. Vor: Jochenfels ist Ihnen ebenfalls nichts bekannt geworden, daß Sie den Charakter des Hauptmanns erhalten haben? Kessel: Nein: Vor: Dann liegen Benden gegen die Unabhängigkeit des Gerichts nicht vor. Ich teile mit, daß ein Vorleutnant nicht bei dem Feind befindet. Anwalt: Ich bin völlig unbedarft. Es wird hierauf von Kriegsrechtswidrig Dr. Wilmann die Anklagegehalt zur Verteilung gebracht.

Deutsches Reich.

Die deutsche Mark in Amerika.

Haag, 6. Februar. Die „Neuere Courant“ aus Washington meldet, hielt Senator Smith im Senat eine Rede, in der er sagte, daß in den Vereinigten Staaten unglückliche Summen in deutscher Mark angelegt seien. Es müßte alles getan werden, um die internationalen Finanzmethoden zu verbessern.

Frankzösische Revolutionslistung deutscher Kriegsgefangener.

Basel, 7. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Von „Baseler Nachrichten“ kam es auf dem hiesigen klassischen Bahnhofs, als ein Franzose Kriegsgefangener eintraf, deren Heimat durch den Friedensvertrag unter polnische Oberhoheit gelangte, an hiesigen Prozeß und gebungen. Diese Leute